Mein-Kinzig
Kommunal-
wahlprogramm
2011 - 2016
Junge Union MKK
JU
JUNGE UNION
MAIN-KINZIG

„Mein-Kinzig“

Wahlprogramm der JU Main-Kinzig für die Jahre 2011-2016

Am 27. März 2011 werden die kommunalen Parlamente in Hessen neu gewählt. Die Junge Union Main-Kinzig hat deswegen ein Programm entworfen, das ihre Ziele und Vorstellungen für die Weiterentwicklung des Kreises fixiert. Wir als junge Kommunalpolitiker haben Schwerpunkte erarbeitet und ein Programm erstellt, das sich auf Themen konzentriert, die für junge Menschen unseres Landkreises von Belang sind. Die Junge Union untermauert mit dem erarbeiteten Programm ihren Anspruch, *die* Stimme der Jugend im Main-Kinzig-Kreis zu sein und die Interessen der jungen Generation so zu vertreten, wie es keine andere politische Organisation tut.

Die JU hat das Programm unter den Titel „Mein-Kinzig“ gestellt, weil es um unseren Kreis geht. Jeder der Kandidaten der JU, der für das Programm einsteht, möchte seinen Kreis verbessern und aktiv gestalten. Der Main-Kinzig-Kreis soll fit für die Zukunft und die anstehenden Herausforderungen gemacht werden. Deshalb stehen die Themenkomplexe Generationengerechtigkeit und Bildung im Fokus des vorliegenden Programms. Um sie herum gruppieren sich andere Themenfelder, die aufzeigen, welchen Weg der Main-Kinzig-Kreis nehmen muss, um der Entwicklung im Ballungsraum Rhein-Main nachhaltig gerecht zu werden.

Unser Kreis kann sich nur entwickeln, wenn alle Generationen zusammenarbeiten und keine auf Kosten der anderen lebt. Nur wenn wir weiter an unserer Heimat arbeiten und alle gemeinsam anpacken, kann es vorangehen. Wir wollen, dass sich junge Menschen aktiv einbringen, damit gerade die junge Generation vom Main-Kinzig-Kreis sagen kann: „Das ist mein Kreis - das ist „Mein-Kinzig“.

Finanzen, Verwaltung, Generationengerechtigkeit

In Zeiten stark steigender Neuverschuldung der öffentlichen Hand ist es an der Zeit, eine stringentere und damit bessere Haushaltspolitik zu betreiben, die nicht einseitig zu Lasten einer Generation stattfindet. Basis eines guten Zusammenlebens in Gesellschaft und Stadt ist der faire Umgang der Generationen miteinander. Rücksichtnahme und Toleranz Anderen gegenüber sind wesentliche Prinzipien, die von allen Bürgern einer Stadt einzuhalten sind. Nicht nur in der Renten- oder Finanzpolitik kann es zu Spannungen kommen, sondern auch die Bevorzugung einer Generation ist gefährlich. Es muss zu einem gemeinsam erarbeiteten Interessensausgleich der Generationen kommen, der nicht die Älteren oder die Jüngeren benachteiligt, sondern zu einem

sozialen Miteinander beiträgt. Dabei wird jeder Euro im Haushalt auf seine Zweckmäßigkeit für die einzelnen Generationen geprüft, um eine Schieflage bzw. Nichtberücksichtigung zu Lasten einer Generation zu vermeiden.

Schulden, die heute aufgenommen werden, schränken noch über Jahrzehnte den zukünftigen politischen Gestaltungsspielraum durch Zins- und Tilgungslasten ein. Die JU spricht sich daher dafür aus, die auf Bundesebene bereits eingeführte Schuldenbremse auch auf Kreisebene einzuführen. Des Weiteren unterstützt die Junge Union nur solche Projekte, von deren Nachhaltigkeit ausgegangen werden kann. Um unnötige Kosten zu vermeiden, ist eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kommunen und den jeweiligen städtischen Betrieben und Gesellschaften weiter auszubauen, soweit sie einer Zweckmäßigkeitsprüfung standhält. Die gemeinsame Nutzung von vorhandenen Institutionen als auch personellen Ressourcen ist für alle Teilnehmer ein Gewinn.

Zur Kosteneinsparung ist es sinnvoll, bei allen größeren finanziellen Projekten auf kommunaler Ebene Public-Private-Partnership Modelle zu prüfen, um mit Hilfe von privaten Partnern und Investoren eine Vielzahl von Plänen besser realisieren zu können und die bestehenden Versorgungsleistungen zu verbessern. Für eine bürgerfreundlichere Verwaltung ist es notwendig, eine Öffnung der Bürgerbüros zu flexibilisieren. Des Weiteren plädiert die Jungen Union in diesem Zusammenhang für eine Erweiterung des Online-Angebots der Behörden.

Wirtschaft und Arbeit

Es gilt den derzeitigen Aufschwung der Wirtschaft nach einer ihrer schwersten Krisen der letzten Jahrzehnte auch auf kommunaler Ebene weiter zu nutzen und zu unterstützen. Eine verbesserte Wirtschaftsförderung kann nur durch einen Ausbau der jetzt schon vorhandenen Mittel geschehen. Bei dieser sollten vor allem junge Unternehmen besser gefördert und ihnen mittels einer weiteren Unterstützung der Gründerinitiative bei ihren Startbemühungen finanziell als auch mit dem nötigen Wissen unter die Arme gegriffen werden.

Dazu gehört auch ein aktives Grundstückmarketing im gesamten Main-Kinzig-Kreis, welches die Ansiedelung von weiteren, neuen Unternehmen im Kreis zulässt. Um die zukünftig Arbeitenden bestmöglich auf ihre späteren Tätigkeiten vorzubereiten, ist nach einer guten Schulbildung die Hilfe bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt von Nöten. Wir plädieren daher für eine Erweiterung der vorhandenen Berufsmessen und Berufszentren.

Um dieser wichtigen Thematik ihre angemessen Geltung zu verschaffen, unterstützt die Jungen Union das Projekt, einen eigenen Tag der Berufsorientierung im gesamten Main-Kinzig-Kreis einzurichten. Zudem ist die Kreisverwaltung mit Hilfe der Bildungspartner angehalten, eine Ausbildungsplatz-Börse mit einer verbesserten Unterstützung durch die Schulen bei der Ausbildungsplatzsuche zu schaffen.

Bildung

Eine gute Schulbildung ist in der heutigen Zeit unverzichtbar für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Der Bildungsstandort Main-Kinzig bietet hierfür ein gutes und breitgefächertes Angebot an Bildungsmöglichkeiten. Neben einer dichten Grundschulversorgung bietet unser Kreis insbesondere ein sehr umfangreiches Angebot an weiterführenden Schulen der verschiedenen Schulformen. Trotz einer grundsätzlichen Unterstützung des dreigliedrigen Schulsystems befürwortet die Junge Union Main-Kinzig den Fortbestand des bestehenden Angebots. Auch in Zukunft sollen Schüler und Eltern entscheiden können, ob sie lieber in ein Gymnasium, eine Real- oder Hauptschule bzw. eine integrierte Gesamtschule gehen wollen. Gleiches betrifft das Angebot an beruflichen Schulen. Die Junge Union lehnt die zuweilen dogmatisch geführten Schuldiskussionen ab und befürwortet es, die Diskussion stärker im Hinblick auf die Unterrichtsqualität zu führen. Wir sind davon überzeugt, dass es im Interesse der Schülerinnen und Schüler des Kreises ist, vor allen Dingen auf eine hohe Qualität zu achten. Kampagnen, die ganz offenbar am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger vorbei geführt werden, wie die aktuelle Kampagne der SPD zur Umwandlung der Hanauer Tümpelgartenschule in eine Integrierte Gesamtschule, sollten umgehend eingestellt werden.

Neben einer motivierten Lehrerschaft trägt das Unterrichtsumfeld erheblich zu einer hohen Schul- und Ausbildungsqualität bei. Es ist im Main-Kinzig-Kreis gelungen, die Ausstattung der Schulen an vielen Stellen erheblich voran zu treiben und die Voraussetzungen für guten Unterricht damit zu verbessern. Dies beginnt beim Neubau von Schulgebäuden, Sanierungsmaßnahmen, Neuausstattungen von Klassenräumen bis hin zur Schaffung von neuen Sporthallen für den Schulsport. Diese Entwicklung muss unbedingt fortgesetzt werden, um noch bestehenden Sanierungsbedarf abzubauen, damit alle Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet möglichst gleiche Voraussetzungen für einen guten Unterricht erhalten. Die Junge Union fordert, dass trotz aller notwendigen Sparbemühungen in diesem Bereich nicht gespart werden sollte. Gleichzeitig muss es das Ziel sein, die getätigten Investitionen so lange wie möglich in gutem Zustand zu erhalten. Immer wieder zu beobachtender Vandalismus in Schulen stellt ein großes Ärgernis dar,

da mühsam geschaffene Werte sinnlos vernichtet werden. Hier sind dringend harte Maßnahmen zu ergreifen, um eine notwendige Werterhaltung sicherzustellen.

Die Bildungspartner Main-Kinzig als Versuch, die Angebote der Volkshochschule zu bündeln, haben sich als voller Erfolg herausgestellt. Es ist gelungen, eine Bildungseinrichtung zu schaffen, die von jedermann unkompliziert genutzt werden kann. Die Junge Union fordert, bei der Planung der Angebote gerade auch die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen zu berücksichtigen, damit das Angebot auch von dieser Zielgruppe noch stärker angenommen wird und bestehende Interessen und Neigungen auch zukünftig gefördert werden.

Die Schülerbeförderung des Kreises ist eine wichtige Einrichtung, um jedem Schüler und jeder Schülerin den Besuch gerade von weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Mit dem Einsatz von Anhängersystemen an den Schulbussen ist es etwa an der Kopernikusschule Freigericht gelungen, unkompliziert mehr Sitzplätze für Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Ziel muss es nach Ansicht der Jungen Union sein, dass jeder Schülerin und jedem Schüler ein Sitzplatz zur Verfügung gestellt wird, um gefährliche Stehplatzfahrten über Land zu vermeiden. Es ist zudem anzustreben, die Schülerbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln grundsätzlich kostenlos zu gestalten. Auch die Fahrtkosten für den Besuch der Oberstufe sollten kostenfrei gestaltet werden, sobald es die finanzielle Situation des Kreishaushaltes erlaubt. Die Junge Union ist der Ansicht, dass das Erlangen der Hochschulreife keinesfalls vom Portemonnaie der Eltern abhängen sollte. Fahrtkosten sollten nach unserer Ansicht für Schülerinnen und Schülern nicht anfallen.

Die Junge Union Main-Kinzig unterstützt die Initiative zur Einrichtung einer Fachhochschule mit künstlerisch-gestalterischem Schwerpunkt in Hanau. Dabei soll Hanau als Studentenstadt dienen und das Angebot von Bildung im Stadtgebiet Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis steigern. Die Stadt Hanau, die Region und der Main-Kinzig-Kreis würden von der „Verjüngung" profitieren. Viele Städte in kleinerer oder vergleichbarer Größe zu Hanau besitzen bereits eine Universität oder Fachhochschule. Dort laufen die Projekte, vergleichbar mit Marburg, seit vielen Jahren erfolgreich.

Familie / Jugend / Ehrenamt

Eine erfolgreiche und funktionierende Jugendarbeit ist für die Junge Union als *die* Interessensvertreterin der jungen Generation von besonderer Bedeutung. Jugendarbeit beschränkt sich dabei nicht auf ein attraktives Angebot durch die Jugendabteilungen in den Städten und Gemeinden. Vielmehr gilt es auch die Vereine und das Ehrenamt so zu stärken und zu fördern, dass Jugendliche dort ein Betätigungsfeld finden. Die Auswirkungen einer funktionierenden

Jugendpolitik sind vielfältig. Sie hat sowohl Auswirkungen auf den Bildungsstand als auch auf die Integration ausländischer Kinder und Jugendlichen.

Ziel von Politik muss es sein, ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit zu fördern. Anerkennung und Danksagung für ehrenamtlich Tätige geraten häufig in Vergessenheit. Die Einrichtung eines Jugendförderpreises ist ein Mittel, um ehrenamtliches Engagement zu honorieren. Dabei könnten besondere Leistungen in der Jugendarbeit ebenso wie ein außergewöhnlicher ehrenamtlicher Einsatz von Jugendlichen gewürdigt werden.

Nicht alle Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis unterhalten ein eigenes Jugendzentrum. Gerade in Zeiten knapper Kassen wird eine große Investition in diesem Bereich nicht zu erwarten sein. Als Ausgleich dazu fordert die Junge Union, die Vereine in der Jugendarbeit wirksam finanziell zu unterstützen. Ein besonderer Zuschuss pro jugendlichem Vereinsmitglied ist in jeder Kommune anzustreben.

Kinder und Jugendliche brauchen neben einem fördernden Vereinsleben auch Rückzugsflächen, auf denen sie mit Freunden und Bekannten Fußball, Basketball oder Tischtennis spielen können. Nicht selten opfern die Städte und Gemeinde Bolzplätze und Basketballkörbe für Bauflächen und Parkplätze. In jedem neuen Baugebiet sollten daher Bolzplätze oder Kinderspielplätze errichtet werden.

Nicht nur im Bereich der Jugendpolitik sondern generell muss das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Das Ehrenamt ist unabdingbar mit einem florierenden Vereinsleben, mit Parteien, Sozialverbänden und Kirchen verbunden. Die Junge Union Main-Kinzig fordert die Planung und Durchführung einer Kampagne zur Stärkung des Ehrenamtes. Mit dieser Kampagne soll zum einen für eine ehrenamtliche Betätigung geworben und zum anderen die Vorzüge der Ehrenamtscard erläutert werden. Dabei soll es möglich werden, die Ehrenamtscard auch Jugendlichen unter 18 Jahren zu verleihen.

Der Kreisverband der Jungen Union Main-Kinzig fordert, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden in regelmäßigen Abständen einen Jugendatlas in digitaler Form erstellt und verteilt. In diesem Jugendatlas sollen die vielen Jugend- und Bildungsangebote und Freizeitmöglichkeiten gebündelt und vorgestellt werden. Hierbei sollten private Angebote und Initiativen unbedingt miteinbezogen werden. Nicht zuletzt auf Grund der Größe des Kreises sind bestehende Angebote nicht immer allen bekannt. Der Jugendatlas sollte im besten Falle in den Schulen und Orten des Kreises ausgelegt werden, die von Jugendlichen verstärkt besucht werden.

Der Main-Kinzig-Kreis verbindet wie kein anderer Landkreis die Nähe zur Großstadt und zum Ballungsraum Rhein-Main mit den Vorzügen des ländlichen Raumes. Es ist bedauerlich, dass es bislang weder in Hanau noch in Gelnhausen oder Schlüchtern eine Jugendherberge gibt. Die Junge Union fordert daher, die Kosten für eine zusätzliche Jugendherberge im Main-Kinzig zu ermitteln und mittelfristig eine solche an dem geeignetsten Standort zu errichten.

Die Kinderbetreuung ist in allen Städten und Gemeinden sowohl nach Qualität als auch nach Quantität konsequent fortzuentwickeln. Zwar werden durch umfangreiche Betreuungsangebote noch keine Kinder geboren, günstige Rahmenbedingungen für Familien sind im Kampf gegen die demographische Entwicklung aber absolut unverzichtbar. Letztlich muss aber auch der Ausbau der Kinderbetreuung in einem gesunden Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit einer Kommune stehen. Die Junge Union Main-Kinzig begrüßt ausdrücklich das Engagement von privaten Trägern im Bereich der Kinderbetreuung.

Mittlerweile gibt es 500 Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland. Mehrgenerationenhäuser geben Menschen verschiedener Altersgruppen die Möglichkeit, sich gegenseitig zu begegnen und von den Kompetenzen der anderen zu profitieren. Die Junge Union Main-Kinzig wirbt für die weitere Ansiedlung von Mehrgenerationenhäusern im Main-Kinzig-Kreis.

Integration

Die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wichtiges Aufgabengebiet der Kommunalpolitik geworden. Unser Zusammenleben ist auf Basis des christlich-abendländischen Menschenbildes organisiert. Neben der Anerkennung dieser Grundlage ist das Beherrschen der deutschen Sprache die zentrale Voraussetzung zur Integration und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Der Kindergarten muss in Zukunft eine verstärkte Rolle in der Integration von Kindern spielen. Gerade bei kleinen Kindern können Sprachförderung und andere Maßnahmen, die später wirkungsloser und kostenintensiver wären, greifen. Daher sprechen wir uns für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Sprachfrüherziehung aus. Erzieher im Kindergarten müssen einen stärkeren Fokus auf die Sprachentwicklung der Kinder legen. Kinder, die trotz dieser Förderung der deutschen Sprache nicht oder nicht in ausreichendem Maße mächtig sind, sind für ein Jahr vom Unterricht zurückzustellen und haben Sprachförderkurse zu besuchen, um die Defizite zu beheben.

Auch der Erhalt und der Ausbau der Kurse „Mama lernt Deutsch“ im Main-Kinzig-Kreis ist nach Ansicht der JU unabdingbar, um den Menschen mit Migrationshintergrund eine optimale

Integration zu ermöglichen. Oftmals beherrschen ausländische Schüler wesentlich besser die deutsche Sprache in Wort und Schrift als deren Eltern. Somit wird sich im Elternhaus vermehrt in der Muttersprache unterhalten. Deshalb steht das Erlernen der deutschen Sprache im Kurs „Mama lernt Deutsch" für Menschen mit schwachen Deutschkenntnissen im Vordergrund. Eine rege Teilnahme und die Bereitschaft, die deutsche Sprache erlernen zu wollen, setzen wir als JU voraus.

Zudem spricht sich die JU für die Einführung verbindlicher, hinreichender und geförderter Sprachkurse an den Volkshochschulen in dem Main-Kinzig-Kreis aus. Die Bildungspartner GmbH setzt hierbei seit einigen Jahren entscheidende Akzente, um den Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache auf vielfältiger Art und Weise näher zu bringen. Dies begrüßen wir und wollen wir stärker als bisher fördern.

Die JU fordert die Installation von Integrationsbeauftragten an Schulen im Main-Kinzig-Kreis. Diese sollen Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gezielt bei der Behebung von Lerndefiziten unterstützen. Wir betrachten die Installation von Integrationsbeauftragten als weitere wichtige Maßnahme, um den Menschen mit Migrationshintergrund noch schneller und richtungweisender in die Gesellschaft zu integrieren. Dort besteht die Möglichkeit, sich bei alltäglichen Problemen und Hindernissen professionelle Ratschläge einzuholen.

Neben dem Staat leisten besonders auch die Vereine einen großen Teil der Integrationsarbeit. Diese Arbeit wird von Seiten der Bundes und Landesregierung durch Programme bereits unterstützt. Die Möglichkeiten der Vereine im Hinblick auf wirksame Integrationsarbeit sind enorm. Sie haben die Möglichkeit auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Ihrer Freizeit einzugehen und in einem altersgerechten Rahmen Förderungsarbeit zu leisten. Die Integrationsarbeit kann unabhängig von Religion, Herkunft sowie gesellschaftlichem und finanziellem Hintergrund vorangebracht werden. Diese Möglichkeiten sollten noch stärker genutzt werden. Deshalb sprechen wir uns für eine Erweiterung der Förderung der Integrationsarbeit in Vereinen aus.

Die JU Main-Kinzig lehnt ein generelles kommunales Ausländerwahlrecht ab. Dies wäre kein Schritt zu einer besseren Integration. Es ist ein besonderes Kennzeichen der Staatsbürger und im Hinblick auf ein vereintes Europa auch der EU-Bürger, dass sie vor Ort wählbar sind und wählen dürfen, also die Geschicke der kommunalen Selbstverwaltung in die eigenen Hände nehmen können. Jeder, der vor Ort als Staatsbürger mitwirken will, kann sich auf den Weg der Einbürgerung begeben. Als Vertretungsgremium für Migranten gibt es die Ausländerbeiräte. Diese werden aber von den Migranten nicht akzeptiert. Hier ist die Weiterentwicklung zu einem Integrationsbeirat erforderlich, der wie ein Expertenrat gehört werden muss.

Mobilität

Die JU setzt sich verstärkt für die Mobilität der Jugendlichen ein. Gerade Menschen ohne eigenes Fahrzeug sind auf den Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Diesen möchte die JU ausbauen und stärken. "Einfach, schnell und günstig", diese drei Begriffe beschreiben das Konzept der JU Main-Kinzig.

Die JU fordert ein Jugendticket im öffentlichen Personennahverkehr, das den Bahn- und Busverkehr für Jugendliche im Kreis attraktiver macht. Hier soll in Kooperation mit dem Verkehrsverbund über einen Ausbau der bestehenden Angebote gesprochen werden. Außerdem soll das Projekt 50-50 Taxi flächendeckend etabliert werden. Das Projekt ermöglicht es, Jugendlichen zu bestimmten Zeiten Taxen zum halben Preis zu benutzen. Die andere Hälfte des Preises wird auf festgelegten Routen vom Kreis oder der Heimatkommune des Jugendlichen übernommen. Dieses Angebot soll Schüler vor allem bei Abendveranstaltungen ein kostengünstiges und sicheres Heimkommen ermöglichen und die Anzahl sogenannter „Disco-Unfälle" minimieren.

Der Busverkehr soll des Weiteren ausgebaut und auf weitere Städte und Gemeinden ausgeweitet werden. Dies kann beispielsweise in Form einer Ausweitung des Projektes „Familienbus" geschehen. Bei der Erweiterung soll vor allem auch darauf geachtet werden, dass der Busverkehr auch in Anbetracht des demographischen Wandels öffentliche Orte wie Supermärkte etc. verstärkt anfährt.

Einen besonderen Stellenwert im Nahverkehrskonzept des Kreises soll in Zukunft die Kreisstadt Gelnhausen bekommen. Im Fernverkehr setzt sich die JU Main-Kinzig dafür ein, dass die Stadt Gelnhausen ihrem Stellenwert im Kreis gerecht wird und mit einem IC Halt als Knotenpunkt attraktiver zum Aus- und Umsteigen wird. Zudem wird die JU eine S-Bahn Anbindung bis Gelnhausen unterstützen. Dies geht Hand in Hand mit der besseren Anbindung unseres Kreises an die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Umland.

Nicht nur Angesichts der CO2 Problematik durch den Autoverkehr in den Städten möchten wir uns dafür einsetzen, dass der Fahrradverkehr innerhalb der Ortschaften sicherer und attraktiver für die Menschen wird. Die Junge Union Main-Kinzig fordert zudem einen Ausbau des Fahrradweg-Netzes im Main-Kinzig-Kreis. Hinsichtlich der zum Teil großen Lärmbelastung durch den Autoverkehr auf der A66, wird die JU Main-Kinzig sich für Flüsterasphalt als Belag stark machen.

Kultur

Großkonzerte und Veranstaltungen finden meistens in größeren Städten wie Frankfurt statt. Oftmals können die Bürger nicht daran teilnehmen oder müssen lange Wege in Kauf nehmen. Viele Jugendliche sind nicht mobil und haben in der Regel keine Chance, solche Events zu besuchen. Zur Förderung des örtlichen Kulturangebots fordert die Junge Union eins bis zwei solcher Veranstaltungen im Jahr in den Main-Kinzig-Kreis zu holen.

In den Zeiten der schlechten Wirtschaftslage, können vermehrt größere Familien es sich finanziell nicht leisten, öffentliche Kulturangebote wahrzunehmen. Gerade Museen, Theateraufführungen, Stadtführungen oder ähnliche kulturelle Angebote fördern die Bildung von Kindern und Erwachsenen und bieten damit eine Basis zur Schaffung von Kultur- und Bildungsangeboten, die für Jedermann zugänglich sein sollten. Die Realität zeigt, dass man sich leider nicht mehr an diesen Maßstab hält. Die Junge Union Main-Kinzig fordert deshalb, in allen öffentlichen Einrichtungen die Anpassung zu familienfreundlicheren Preisen und damit zur Förderung der Bildung, Kultur und den Gemeinschaften in den Familien.

Ob beim Brandschutz, dem Versammlungsrecht oder bei Fragen zu vorgeschriebenen Emmisionswerten, stellen sich den Veranstaltern von Konzerten, Kirmes oder Musikveranstaltungen häufig Bau-, Rechts- und Sicherheitsfragen in den Weg. Läuft etwas schief, ist der Druck der Behörden zu spüren. Gerade Jugendveranstaltungen wie Jahrgangs- oder Abifeten sind organisatorisch nicht so gut aufgestellt, wie professionelle Veranstaltungen. Häufig läuft es auf ein Verbot hinaus, das zu Unzufriedenheit führt. Um dem Entgegenzuwirken fordert die Junge Union eine Beratungsstelle zur Durchführung von Veranstaltungen, die ebenso bei einem Kulturbeauftragten angesiedelt werden könnte.

Umwelt

Umwelt- und Energiepolitik ist nicht nur ein Themenfeld für Bundes- oder Landespolitik. Auch für die kommunalen Entscheidungsträger im Main-Kinzig Kreis ist es von Belang. Da alternative Energien in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werden, fordert die Junge Union Main-Kinzig den Ausbau schon bestehender Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Gerade das Bioenergiedorfes Burgjoss kann hier als Vorbild und Musterprojekt dienen. Wenn solch große Projekte nicht möglich sind, setzt sich die JU für Bürgersolaranalagen und ähnliche Projekte ein, so dass möglichst vielen Einwohnern des Main-Kinzig-Kreises erneuerbare Energien zur Verfügung stehen. Erneuerbare Energien sollen dort eingesetzt werden, wo es sinnvoll ist und die Produktion

und Nutzung keine Belastungen für Menschen und Umwelt hervorruft. Aus diesem Grund spricht sich die JU Main-Kinzig explizit gegen einen weiteren Ausbau der Windenergie und gegen die Verspargelung des Main-Kinzig-Kreises aus.

Die Junge Union möchte, dass Umweltschutz kein Thema einzelner Personen, sondern ein Thema für jeden Bürger wird. Darum sollen die Bürger für dieses Thema sensibilisiert werden, und das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung soll gefördert werden. Hierzu müssen in den einzelnen Kommunen Aktionen wie die Aktion „Saubere Stadt" stärker publik gemacht werden. Zudem müssen stärkere Anreize zur Teilnahme gesetzt werden.
Damit Umweltbewusstsein schon im frühen Kindesalter vorhanden ist, müssen umweltbezogene Themen wie „Mülltrennung" in Kindergärten und Schulen intensiver in den Lehrplan integriert werden.